

Ausblick 2020

DAS ERWARTET UNS IM NEUEN JAHR

*Alle ausgewählten Beiträge gibt es in der Langfassung auf: www.oegb.at
Die einzelnen Beiträge sind in der Online-Version auch mit den jeweiligen Langfassungen verlinkt, einfach anklicken.*

Österreichische Gesundheitskasse

Mit 1. Jänner 2020 werden die bisherigen Gebietskrankenkassen zur Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) fusioniert. Im Interesse der ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen weist der ÖGB laufend auf die drohenden Verschlechterungen durch den Kassenumbau hin. Die bekannt gewordenen Pläne zur Überprüfung der Krankenstände durch die Arbeitgeber unterstreichen diese Befürchtungen. Der ÖGB befürchtet darüber hinaus die Einführung von Selbstbehalten und die zunehmende Privatisierung des Gesundheitssystems. Menschen werden in private Versicherungen gedrängt. Wer sich das nicht leisten kann oder zu krank für eine private Versicherung ist, wird zukünftig etwa längere Wartezeiten in Kauf nehmen müssen. Gleiche Leistungen zwischen den einzelnen Krankenversicherungen rücken in weite Ferne. Wobei es im Dezember dank der VertreterInnen für die ArbeitnehmerInnenseite in der ÖGK gelungen ist, Verbesserungen im Sinne der Versicherten durchzusetzen, beispielsweise die Anhebung der Höchstdauer des Krankengeldes auf 78 Wochen, Kuren für PensionistInnen auch in Wien, Kärnten und Tirol, ein höherer Maximalbetrag für Heilbehelfe und Hilfsmittel wie etwa Rollstühle und die bundesweite Abschaffung des Selbstbehaltes bei Krankentransporten. Der ÖGB wird sich weiterhin für eine gute Gesundheitsversorgung aussprechen und für ein gutes Leben für alle einsetzen.

e-Card mit Foto

Ab 1. Jänner 2020 werden – abgesehen von gesetzlichen Ausnahmen – nur mehr e-cards mit Foto ausgegeben. Die Ausstellung und der Versand der ersten e-cards mit Foto begann mit 2. Oktober 2019. Die Versicherten erhalten ihre neue e-card mit Foto automatisch, bevor die alte abläuft. Das Foto für die neue e-card wird automatisch vom Reisepass, Scheckkartenführerschein oder Personalausweis genommen. Wer einen solchen Ausweis nicht besitzt, wird von der Sozialversicherung kontaktiert. Bis 2023 werden 8,8 Millionen e-cards ausgetauscht.

AMS-Algorithmus kategorisiert Arbeitslose

Ein Computerprogramm des Arbeitsmarktservice (AMS) legt künftig fest, welche Arbeitslosen das AMS wie stark fördern soll. Der Algorithmus teilt Arbeitslose aufgrund von Profildaten nach Arbeitsmarktchancen in drei Gruppen ein: Klasse A, rasch vermittelbare Servicekunden, Klasse B, Betreuungskunden mit mittleren Chancen sowie Klasse C, Beratungskunden, die schwer vermittelbar sind. Der Algorithmus soll mit 1. Juli 2020 flächendeckend eingeführt werden. Die Kategorisierung ist unter anderem wegen Fehleranfälligkeit sehr umstritten.

Steuerreform: ÖGB fordert mehr Entlastung für ArbeitnehmerInnen

Ein kleiner Teil der Steuerreform der ehemaligen Bundesregierung tritt 2020 in Kraft. Ein zaghafter Schritt in die richtige Richtung mit wirklich gravierenden Makeln: Entlastet werden nur ArbeitnehmerInnen mit einem geringen Einkommen sowie Bauern und Gewerbetreibende. Letztere – also Bauern und Gewerbetreibende – zahlen ab 2020 einen niedrigeren Krankenversicherungsbeitrag (6,8 statt 7,65 Prozent) und werden damit laut AK-Berechnungen um bis zu 600 Euro jährlich entlastet. Wobei hier gilt: Wer mehr verdient, erhält auch eine höhere Entlastung. Genau umgekehrt ist es bei ArbeitnehmerInnen: Hier profitieren nur NiedrigverdienerInnen von der Entlastung, und diese ist mit maximal 300 Euro jährlich gedeckelt. Geltend gemacht werden kann dieser „Sozialversicherungs-Bonus“ erst im Nachhinein (also im Jahr 2021 für 2020). PensionistInnen erhalten maximal 200 Euro jährlich. Freie DienstnehmerInnen gehen gänzlich leer aus. Der ÖGB kritisierte von Beginn an die Steuerreformpläne der ehemaligen Bundesregierung als zu langsam und zu wenig für ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen.

Nach 45 Arbeitsjahren abschlagsfrei in Pension

Künftig können ArbeitnehmerInnen, die 45 Jahre gearbeitet haben (540 Beitragsmonate), wieder abschlagsfrei in Pension gehen. Für NachtschwerarbeiterInnen wird das Sonderruhegeld abschlagsfrei. Das ist fair gegenüber allen Menschen, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben. Bisher hat gegolten: Wenn jemand 45 Jahre oder länger gearbeitet hat, musste er/sie bei einem Pensionsantritt vor dem Regelpensionsalter (Männer 65 Jahre, Frauen 60 Jahre) massive Abschläge hinnehmen. Diese Ungerechtigkeiten wurden im Herbst 2019 im Parlament beseitigt. Die neue Regelung gilt für Pensionsantritte ab 1. Jänner 2020 (bei Langzeitversichertenpension, Schwerarbeitspension und Invaliditätspension). Kindererziehungszeiten werden mit bis zu 5 Jahren (60 Monaten) angerechnet. Die Regelungen gelten nicht für BeamtenInnen sowie definitiv gestellte Bedienstete der Post und Bahn sowie für vor dem 1. Jänner 2020 bestehende Pensionen. Präsenz und Zivildienst werden nicht angerechnet.

Pflege bleibt weiter Herausforderung

Pflegebeschäftigte machen ihre Arbeit gerne, viele sind aber an der Grenze ihrer Belastbarkeit. Pflege ist eine der größten Herausforderungen der nächsten Jahre. Der Bedarf an Pflegepersonal wird weiter wachsen. Wer mehr Menschen in die Pflege bringen will, muss den Beruf attraktiver machen. Dazu werden mehr Mittel notwendig sein. Dabei liegt die österreichische Regelung der Mittelaufbringung mittels Steuerfinanzierung ohne Zweckbindung im internationalen Trend. Die Pflegefinanzierung ist eine gesellschaftliche Herausforderung, zu deren Bewältigung alle etwas beisteuern sollten. Das Modell einer Pflegeversicherung ist nicht nachhaltig.

Klare Ablehnung der Fachkräfteverordnung 2020

Die geplante Fachkräfteverordnung für 2020 enthält erstmals 54 Berufe. Das sind so viele wie noch nie. Ziel der Fachkräfteverordnung war bisher, dass durch nachweisbare Ausbildungsaktivitäten dem Fachkräftemangel entgegengewirkt wird. Fakt ist, dass die Überprüfung dieser nachweislichen Aktivitäten nicht stattgefunden hat. Die Lehrausbildung geht – von wenigen Branchen abgesehen – in Österreich seit vielen Jahren zurück. Die Wirtschaft bildet also nicht mehr ausreichend Lehrlinge aus, fordert aber im Gegensatz dazu Fachkräfte. Die Verantwortung liegt auch bei der Politik, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit jene Betriebe, die nicht in Lehrausbildung investieren, ihren Beitrag auf andere Weise leisten, zum Beispiel mit Einführung des vom ÖGB schon seit Jahren geforderten Facharbeiterfonds. Der ÖGB lehnt in seiner Stellungnahme die Fachkräfteverordnung insgesamt ab.

Europäische BürgerInneninitiative „Housing for All“

Wohnen wird in Österreich und in Europa immer mehr zum Luxus, den sich viele nur mehr schwer leisten können. Die europäische BürgerInneninitiative „Housing for All“ fordert, dass die EU-Kommission bessere rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen für bezahlbares Wohnen schafft. So soll der Zugang für alle zu leistbarem und sozialem Wohnbau erleichtert werden. ÖGB, Gewerkschaften und Arbeiterkammern unterstützen die Initiative. Gestartet wurde sie bereits 2019. Bis 18. März kann noch unterschrieben werden (www.housingforall.eu).

Rückblick 2019

WIR BLICKEN ZURÜCK AUF EIN ERFOLGREICHES JAHR

Verfassungsgerichtshof prüft Sozialversicherungsreform

Anfang 2019 begann die Umsetzung der Sozialversicherungsreform mit dem Ziel der Zusammenlegung der Krankenkassen. Dem Verfassungsgerichtshof (VfGH) wurden mehrere Gesetzesprüfungsanträge vorgelegt. Mitte Dezember wurde der Entscheid öffentlich. Dieser löste im ÖGB gemischte Gefühle aus. Einige Punkte sind für die Beschäftigten positiv ausgefallen, andere nicht. Positiv für die Versicherten ist, dass die Beitragsprüfung nicht in die Verantwortung der Finanzverwaltung kommt, sondern in der Sozialversicherung bleibt. Im bewährten System prüfen die BeitragsprüferInnen der Sozialversicherung daher auch weiterhin, ob Kollektivverträge eingehalten werden, und sichern damit Ansprüche bei Pensionen oder Krankengeld. Negativ für die Versicherten ist hingegen die VfGH-Entscheidung, dass die sogenannte „Parität“ verfassungskonform ist. Damit können die Betroffenen nicht mehr selbst über ihre Gesundheitsversorgung entscheiden. Der VfGH entscheidet zwar, ob ein Gesetz der österreichischen Verfassung entspricht, nicht aber darüber, ob ein Vorhaben politisch klug oder sinnvoll ist. Der ÖGB akzeptiert diese Entscheidung, wird sich aber weiterhin für eine gute Gesundheitsversorgung für ein gutes Leben für alle einsetzen.

ÖGJ-Kongress wählt neue Spitze

Susanne Hofer ist am 30. November 2019 zur ersten weiblichen Vorsitzenden der Gewerkschaftsjugend gewählt worden. Hofer hatte die ÖGJ-Spitze zuvor bereits geschäftsführend übernommen. Als großer Erfolg dieser Zeit konnte die ÖGJ ihren Jugendvertrauensrat erhalten. Die ehemalige Bundesregierung wollte diesen noch abschaffen. Im Februar 2019 lenkte die Bundesregierung ein und verzichtete auf die Abschaffung des Jugendvertrauensrats.

ÖGB fordert sozial gerechte Umweltsteuern

Die Klimakrise schreitet voran, und der Druck auf die Politik steigt. Der Verkehrssektor ist nach wie vor einer der größten Produzenten von Treibhausgasemissionen. Ein Instrument, um dem entgegenzusteuern, wären Umweltsteuern. Diese

müssen allerdings sozial gerecht sein. Sie dürfen nicht zulasten der ArbeitnehmerInnen gehen, die ohnehin bereits 80 Prozent der Steuern bezahlen. Anlässlich der Klimakrise gingen 2019 Tausende SchülerInnen auf die Straße. „Fridays for Future“ rief am 27. September und am 29. November zu weltweiten Klimastreiks auf. Mit dabei waren auch viele GewerkschafterInnen.

„No Pay Day“: Überstunden gehören bezahlt

Von 255 Millionen Mehr- und Überstunden im vergangenen Jahr wurden 43 Millionen nicht abgegolten, weder in Geld noch in Zeitausgleich. Statistisch betrachtet wurden ab dem 31. Oktober Überstunden nicht mehr abgegolten. ÖGB und AK haben daher den „No Pay Day“ ausgerufen. Denn Überstunden gehören bezahlt, so viel Respekt muss sein. Während eines aufrechten Arbeitsverhältnisses trauen sich aber viele ArbeitnehmerInnen aus Angst um ihren Arbeitsplatz nicht, die Bezahlung offener Überstunden einzufordern. Am Ende des Arbeitsverhältnisses kann es aber zu spät sein. In vielen Branchen verfallen Überstunden bereits nach drei Monaten. ÖGB und AK fordern ein gesetzliches Verbot von kurzen Verfallsfristen sowie das doppelte Entgelt, wenn ArbeitnehmerInnen Überstunden einklagen müssen.

Abfertigung neu: Ziel verfehlt

Ein Jahresgehalt Abfertigung ist nicht mehr zu erreichen. Die Verzinsung der Beiträge, die in das System der „Abfertigung neu“ einbezahlt werden, ist mittlerweile viel niedriger als ursprünglich erwartet. Die Abfertigungskassen nahmen aber auch deutlich mehr an Verwaltungskosten ein, als die Verwaltung tatsächlich kostet. Eine Anpassung ist daher längst überfällig. Die Arbeitgeber müssen mehr einzahlen, und die Abfertigungskassen müssen weniger Verwaltungskosten kassieren.

US-Spitzengewerkschafter besucht ÖGB

Anfang November war US-Spitzengewerkschafter Stuart Appelbaum zu Gast beim ÖGB. Der Präsident der amerikanischen Handelsgewerkschaft (RWDSU) und Vizepräsident des amerikanischen Gewerkschaftsbundes (AFL-CIO) sprach über die Arbeitsbedingungen bei Amazon, Trump und vieles mehr. „Die Menschen brechen während der Arbeit zusammen. Manche weinen, weil sie mit der Geschwindigkeit nicht Schritt halten können“, so Appelbaum. Dabei hatte Amazon 2018 zehn Milliarden Euro Rekordgewinn gemacht. Auch in Österreich wurde aufgedeckt, wie hierzulande bei Amazon gearbeitet wird: Überwachung, Disziplinierung und erniedrigende Vorschriften gehören zur Tagesordnung.

Rauchverbot für die Gesundheit der Beschäftigten

Die Belastung für ArbeitnehmerInnen in Raucherlokalen war enorm, weil sie nicht nur über zwei oder drei Stunden ging, sondern acht oder neun Stunden am Tag dauerte. Nicht einmal RaucherInnen wollten so lange im Rauch arbeiten. Das Rauchverbot ist ein Sieg für die Gesundheit der Beschäftigten. Die Menschen in der Gastronomie und Hotellerie haben seit 1. November endlich eine bessere und gesündere Arbeitswelt.

Ausbildungspflicht bis 18 ist Erfolgsmodell

Seit dem Start der Ausbildungspflicht bis 18 muss gemeldet werden, wenn Jugendliche unter 18 Jahren ihre Ausbildung abbrechen. Beginnen sie innerhalb von vier Monaten danach keine neue, nehmen Koordinierungsstellen des Sozialministeriums Kontakt zu ihnen auf. Gemeinsam mit den Jugendlichen wird dann nach einem alternativen Ausbildungsweg gesucht, oder es werden Perspektiven- oder Betreuungspläne für sie erstellt. Der größte Erfolg der Ausbildungspflicht bis 18 ist, dass Jugendliche nachweislich davon profitieren.

Equal Pay Day: Frauen arbeiten 72 Tage gratis

Der österreichweite Equal Pay Day fiel 2019 auf den 21. Oktober. Ab diesem Tag arbeiten die Österreicherinnen sozusagen bis Jahresende gratis. Während das durchschnittliche Bruttoeinkommen von Männern bei Vollzeitbeschäftigung in Österreich bei 52.033 Euro liegt, verdienen Frauen durchschnittlich 41.785 Euro brutto im Jahr. Daraus ergibt sich ein Minus von 19,7 Prozent. Umgerechnet sind das 72 unbezahlte Tage oder 10.248 Euro weniger Einkommen. Der Knackpunkt ist die sogenannte „unbezahlte Arbeit“ – sprich Kindererziehung, Pflege und Haushalt. Wer viel unbezahlt arbeitet, muss bei der bezahlten Erwerbsarbeit zurückstecken. Um den Einkommensunterschied rascher zu beseitigen und Frauen eine echte Wahlfreiheit zu ermöglichen, braucht es einen flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen mit Schwerpunkt auf regionalen Bereichen und einen kostenlosen Kinderbetreuungsplatz ab dem 1. Lebensjahr.

Kollektivverträge schützen vor überlangen Arbeitszeiten

Auch bei den Kollektivvertragsverhandlungen 2019 waren die Gewerkschaften wieder erfolgreich. Im Vergleich zu den Verhandlungen im Vorjahr, bei denen der Ausgleich für die negativen Auswirkungen des 12-Stunden-Tages bzw. der 60-Stunden-Woche mitverhandelt wurden, waren heuer hohe Lohn- und Gehaltsabschlüsse wichtig. Einerseits weil eine umfassende Steuerreform aufgrund der Neuwahl nicht mehr zustande kam, andererseits um die Kaufkraft und damit die Konjunktur zu stärken. Rückblickend wurden viele Verbesserungen für die Beschäftigten in allen Branchen erreicht.

Veto gegen Handelsabkommen mit Mercosur-Ländern

Österreich wird sich gegen das Inkrafttreten des Handelsabkommens zwischen der EU und den Mercosur-Ländern (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) aussprechen. Dieser Erfolg ist auch dem ÖGB zu verdanken. Der ÖGB kritisierte wie andere internationale Gewerkschaften von Beginn an die Verhandlungen. Statt einer sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen internationalen Kooperation wurde ein Liberalisierungsabkommen ausgearbeitet, das die Interessen einiger Konzerne auf Kosten der Menschen und der Umwelt in den Mittelpunkt stellte. Sowohl die Übergangsregierung als auch künftige Regierungen sind bei ihrer Teilnahme an EU-Ratstagungen an dieses Veto gebunden.

Nationalratswahl 2019: ÖGB stellt 81 Fragen an wahlwerbende Parteien

Der ÖGB arbeitet im Interesse aller ArbeitnehmerInnen. Welche Parteien unterstützen den ÖGB auf diesem Weg, welche setzen sich wirklich für die Interessen der arbeitenden Menschen ein? Bis Mitte August hatten alle wahlwerbenden Parteien die Möglichkeit, 81 Fragen zu ÖGB-Positionen zu beantworten. Rechtzeitig vor der Nationalratswahl am 29. September 2019 waren die Antworten der Parteien online öffentlich einsehbar.

Bestürzung über Ableben von Rudolf Hundstorfer

Nach dem Bekanntwerden des Todes des ehemaligen ÖGB-Präsidenten Rudolf Hundstorfer herrschte Trauer und Bestürzung. Seine politische Arbeit wurde über alle Sozialpartner und Parteien hinweg sowie von Bundespräsident, Bundeskanzlerin und politischen WeggefährtInnen gewürdigt. Seinem Engagement und seinen Entscheidungen ist es zu verdanken, dass die österreichische Gewerkschaftsbewegung eine Krise bewältigt hat und ein verlässlicher Partner für die ArbeitnehmerInnen geblieben ist. Rudolf Hundstorfer verstarb völlig unerwartet am 20. August im 68. Lebensjahr.

Nationalrat beschließt zahlreiche ÖGB-Forderungen

Der Nationalrat hat im Sommer und Herbst zahlreiche langjährige Forderungen des ÖGB beschlossen. Unter anderem einen Rechtsanspruch auf Papamonat, die volle Anrechnung der Karenzzeiten, die jährliche Valorisierung des Pflegegelds, Blaublichttage für Freiwillige, das Rauchverbot und ein Privatisierungsverbot von Wasser. Pflegende Angehörige können mit ihrem Arbeitgeber eine Pflegekarenz bzw. Pflegeteilzeit vereinbaren. Gibt es keine Einigung, dann kommen zwei weitere Wochen Freistellung dazu. Der ÖGB fordert dennoch weiterhin einen Rechtsanspruch auf die komplette Dauer der Pflegekarenz/-teilzeit. Für langzeitarbeitslose Menschen über 50 Jahre werden 2019 und 2020 zusätzliche Mittel in der Höhe von 50 Millionen Euro bereitgestellt („Aktion 20.000 neu“).

Neue Reihe: ÖGB startet Sommerdialoge

Als Interessenvertretung setzt der ÖGB auf den Dialog mit Menschen aus verschiedensten Institutionen und Organisationen. Dieser wichtige Austausch wurde im Sommer verstärkt: Im Rahmen der ÖGB-Sommerdialoge wurden gemeinsam mit Expertinnen aus Politik und Zivilgesellschaft sowie von den Sozialpartnern zentrale Themen wie Hitze und Klima, Pensionen und Altersarmut, Digitalisierung sowie Steuergerechtigkeit diskutiert. Die Ergebnisse und Positionen fließen in die inhaltliche Arbeit der Gewerkschaftsbewegung ein.

„Equal Pension Day“: 42 Prozent weniger Pension für Frauen

Frauen bekommen noch immer niedrigere Pensionen als Männer. Am 29. Juli war der „Equal Pension Day“. Das ist jener Tag, ab dem Männer bereits so viel Pension erhalten haben wie Frauen bis zum Jahresende erst bekommen werden. In Zahlen ausgedrückt: Männer, die sich aus dem Erwerbsleben zurückgezogen haben, bekommen im Schnitt 1.920 Euro Pension, Frauen hingegen nur 1.107 Euro. In Prozent ausgedrückt, sind das satte 42 Prozent weniger für Frauen. Der ÖGB fordert Maßnahmen, um Frauen ein gutes und unabhängiges Leben in allen Lebensphasen zu ermöglichen und Altersarmut zu verhindern.

ÖGB-Bundesvorstand bestellt neue Leitende SekretärInnen

Der bisherige Leitende ÖGB-Sekretär Bernhard Achitz wechselte mit 1. Juli in die Volksanwaltschaft. Der ÖGB-Bundesvorstand bestellte in seiner Sitzung am 25. Juni Ingrid Reischl als neue Leitende Sekretärin für die Grundsatzarbeit und Willi Mernyi zum Leitenden Sekretär für Organisation, um die Kampagnenfähigkeit des ÖGB weiter zu stärken. Die Verantwortung für Finanzen blieb beim bisherigen Leitenden Sekretär Roland Pichler.

ÖGB kämpft gegen Diskriminierung in der Arbeitswelt

Die EuroPride, das größte Event der europäischen LGBTIQ-Community, also der homo-, bi-, trans- und intersexuellen Personen, fand 2019 in Wien statt. Sie soll Menschen zusammenbringen, die gemeinsam ein starkes Zeichen für Solidarität, Akzeptanz und Gleichberechtigung setzen. Unter dem Titel pride@work informierten ÖGB, Gewerkschaften und AK im Rahmen der EuroPride über Diskriminierung in der Arbeitswelt und setzten ein Zeichen gegen Homophobie.

Neue Wege, neue Mitglieder: Dafür ÖGB!

ÖGB und Gewerkschaften starteten 2019 eine gemeinsame Informationsoffensive für ein gutes Leben für alle. Der Gewerkschaftsbund informierte Nicht-Mitglieder über seine Arbeit und Erfolge. Die Liste ist bekanntlich lang. Ebenfalls lang

ist die Liste der Leistungsangebote. Mit drei unterschiedlichen Online-Selbsttests wurde gezeigt, wie viele Vorteile wirklich in einer ÖGB-Mitgliedschaft stecken.

EU-Wahl: Ein Europa für alle!

Am 26. Mai fand die Europawahl statt, und noch nie war eine europäische Wahl so wichtig. Im Vorfeld fanden in ganz Europa am 19. Mai riesige, bunte „Europa für alle!“-Veranstaltungen statt. Auch GewerkschafterInnen gingen auf die Straße, weil sie für ein Europa stehen, das ein gutes Leben für alle ermöglicht. Ein Europa, in dem die Interessen der ArbeitnehmerInnen vor jenen von mächtigen Lobbys und Konzernen stehen. Ein Europa, das alle Menschenleben sowie die Umwelt schützt und die Gleichstellung von Menschen vorantreibt.

14. Europäischer Gewerkschaftskongress in Wien

Der fünftägige 14. Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) fand vom 21. bis 24. Mai in Wien statt. Das Motto: „Ein faireres Europa für die ArbeitnehmerInnen.“ Mehr als 600 Delegierte, darunter rund 300 Frauen, haben eine neue EGB-Spitze gewählt. Laurent Berger ist neuer EGB-Präsident, Luca Visentini bleibt Generalsekretär. Die Delegierten verabschiedeten auch ein neues Manifest und das Aktionsprogramm bis 2024 unter dem Titel „Ein gerechteres Europa für alle ArbeitnehmerInnen“.

100 Jahre Betriebsrätegesetz: Demokratie im Betrieb

Am 15. Mai 1919 wurde das Betriebsrätegesetz beschlossen. Das Gesetz räumte BetriebsrätInnen begrenzte Mitsprache- und Kontrollbefugnisse ein: unter anderem die Überwachung der Kollektivverträge, die Überprüfung der Lohnauszahlungen oder die Beratung mit der Unternehmensleitung über die Betriebsführung. Die vor 100 Jahren gewonnenen Rechte sind noch heute die Grundlage gewerkschaftlicher Arbeit in den Betrieben und damit auch der innerbetrieblichen Demokratie. Das Jubiläum feierten ÖGB, Gewerkschaften und Arbeiterkammer mit zehn Workshops für BelegschaftsvertreterInnen und Mitglieder, geleitet von ExpertInnen aus dem In- und Ausland.

ÖGB-Europadialog: „Brexit – wie geht’s weiter für ArbeitnehmerInnen?“

„Brexit – wie geht es jetzt weiter?“ Diese Frage dominierte auch die Schlagzeilen in Österreich. Der „Fahrplan“ zum EU-Austritt des Vereinigten Königreiches änderte sich nahezu täglich. Der ÖGB und die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) luden im April zu einem Europadialog mit Frances O’Grady, Generalsekretärin des britischen Gewerkschaftsbundes TUC, in dem es nicht nur um das politische Chaos, sondern auch um die drohenden negativen Auswirkungen auf ArbeitnehmerInnen ging.

Europäische Arbeitsbehörde – Kampf gegen Sozialbetrug/Lohndumping

Das EU-Parlament gab am 16. April grünes Licht für die Europäische Arbeitsbehörde. Der Sitz der neuen Behörde ist in Bratislava. Gewerkschaften und ÖGB plädierten, anders als die Bundesregierung, für Österreich als Sitz der Behörde. Am 16. Oktober nahm die Behörde ihre Arbeit auf. Sie soll darauf schauen, dass der wichtige Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am selben Ort“ auch korrekt umgesetzt wird. Langweilig wird der neuen Behörde nicht werden, denn Unterentlohnung bei grenzüberschreitender Entsendung von ArbeitnehmerInnen steht auf der Tagesordnung. Die europäischen Gewerkschaften legten gleich zum Start eine ganze Reihe von Fällen vor – auch aus Österreich.

100 Jahre ILO – Kampf gegen Sklaverei, Kinderarbeit & Gewerkschaftsverbote

2019 feierte die International Labour Organization (ILO, Internationale Arbeitsorganisation) ihren hundertsten Geburtstag. Sie wurde 1919 gegründet und ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen (UNO). Die sogenannten Kernarbeitsnormen der ILO beinhalten unter anderem die Beseitigung von Sklaverei und Zwangsarbeit, die Abschaffung von Kinderarbeit und die Vereinigungsfreiheit – darunter versteht man das Recht, Gewerkschaften zu gründen, Kollektivverträge zu verhandeln und zu streiken. Nicht alle Länder haben alle Kernarbeitsnormen umgesetzt, zum Beispiel die USA. Daher müssen viele ArbeitnehmerInnen noch immer für menschenwürdige Arbeit kämpfen. Dazu kommen neue Herausforderungen wie beispielsweise Digitalisierung, Migration, Klimawandel, Einkommens- und Vermögensungleichheit sowie die Verhandlungsmacht innerhalb globaler Lieferketten.

ÖGB/AK-Befragung: Eltern unzufrieden mit Kinderbetreuung

Eltern sind mit den Öffnungszeiten, den Schließtagen und den hohen Kosten der Kinderbetreuung unzufrieden. Zudem wünschen sich fast drei Viertel der Eltern einheitliche Qualitätsstandards. Zu diesem Ergebnis kam die ÖGB/AK-Onlineumfrage „Kind und Job – wie schaffen Sie das?“ Kinderbetreuung und -bildung muss als Bildungseinrichtung – so wie die Schule – kostenlos werden, fordert der ÖGB. Der kostenfreie Zugang zu Bildung ist für AK und ÖGB auch eine Frage der Gerechtigkeit.

Sozialhilfe statt Mindestsicherung

Am 25. April beschloss die Bundesregierung die Kürzung der Mindestsicherung. An Kritik und Änderungsvorschlägen mangelte es nicht. Neben zahlreichen Organisationen hat auch der ÖGB in seiner Stellungnahme Verbesserungsvorschläge eingebracht. An dem ursprünglichen Gesetzestext hat sich jedoch

nicht viel geändert: Die Mindestsicherung sollte zur Sozialhilfe werden und sah zahlreiche Verschlechterungen für die Betroffenen vor, vor allem für größere Familien mit Kindern, für Frauen und für AusländerInnen. Am 17. Dezember sah der Verfassungsgerichtshof wesentliche Teile der Sozialhilfe als verfassungswidrig an und hob diese auf.

AK-Wahlen 2019 erfolgreich geschlagen

Mehr als 70 Prozent der Bevölkerung vertrauen den Arbeiterkammern. Die Zufriedenheit bei den Mitgliedern ist äußerst hoch. Zwischen 28. Jänner und 10. April fanden die AK-Wahlen statt. In allen Bundesländern wurden die amtierenden PräsidentInnen in ihrem Amt bestätigt. Sie konnten ihre Mehrheiten verteidigen und zum Teil auch beträchtlich ausbauen. Die Wahlbeteiligung stieg beispielsweise in Wien deutlich auf 42,3 Prozent aller Beschäftigten an. In weiterer Folge wurde bei der konstituierenden Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer (BAK) am 26. Juni Renate Anderl zur Präsidentin der Bundesarbeitskammer gewählt.

Erstmals österreichischer ArbeitnehmerInnen-Präsident im EWSA

Seit Anfang März ist mit Oliver Röpke, Leiter des ÖGB-Europabüros in Brüssel, erstmals ein österreichischer Gewerkschafter Präsident der ArbeitnehmerInnengruppe im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA). Neu im EWSA ist auch die Gewerkschafterin Sophia Reisecker. Der EWSA ist eine beratende Institution der Europäischen Union, die den zentralen EU-Organen (Europäische Kommission, Rat und Europäisches Parlament) mit Expertise zur Seite steht. Bis zu 350 VertreterInnen bilden den EWSA. Die Mitglieder werden von den Regierungen vorgeschlagen und organisieren sich in drei Gruppen: ArbeitgeberInnen, ArbeitnehmerInnen und Verschiedene Interessen (zum Beispiel VerbraucherInnenverbände, Umweltschutzorganisationen oder Familienverbände).

ÖGB verzeichnete stärkstes Mitgliederwachstum seit 1984

Der ÖGB wächst kräftig, und das bereits zum dritten Mal in Folge. Nach 2016 und 2017 verzeichnete der ÖGB auch 2018 ein Mitgliederplus. Rund 70.000 ArbeitnehmerInnen traten 2018 dem Gewerkschaftsbund bei. Zieht man verstorbene und ausgetretene Mitglieder ab, ergibt sich ein Plus von 5.767 Mitgliedern. Das sind so viele, wie eine Bezirksstadt EinwohnerInnen hat (zum Beispiel Gmünd in Niederösterreich mit 5.407). Das ist der stärkste Mitgliederzuwachs seit 1984. Erfreulich ist, dass vor allem junge ArbeitnehmerInnen für das Plus sorgen. Auch der Anteil der Frauen im ÖGB steigt. Zwei Drittel des Zuwachses gehen auf weibliche Neu-Mitglieder zurück. Mit 31. Dezember 2018 zählte der ÖGB 1.211.465 Mitglieder.

Karfreitag: „Persönlicher Feiertag“ statt Feiertag für alle

Dank einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) hätten 2019 alle ArbeitnehmerInnen am Karfreitag einen Feiertag genießen können. Aber die ehemalige Bundesregierung hat das verhindert: Sie hat den Karfreitag komplett aus dem Arbeitsruhegesetz gestrichen und stattdessen im März im Nationalrat eine Neuregelung beschlossen, die ArbeitnehmerInnen einen Urlaubstag kostet, wenn sie am Karfreitag frei haben wollen.

Reform der Rot-Weiß-Rot-Card fördert Lohndumping

Im Februar wurde die sogenannte Mangelberufsliste von 27 auf 45 Berufe ausgeweitet, und die Mindestlöhne bzw. -gehälter für Fachkräfte wurden mit der Rot-Weiß-Rot-Card um 20 Prozent gesenkt. Mit dieser Reform wurde der österreichische Arbeitsmarkt für Menschen aus Drittstaaten weiter geöffnet. Von der Senkung der bisherigen Gehaltsgrenzen betroffen sind besonders jene Branchen mit ohnehin bereits prekären Verhältnissen, wie etwa Gastronomie und Tourismus.

Familienbonus: Wer mehr hat, bekommt mehr

Seit 1. Jänner gilt der „Familienbonus Plus“, ein steuerlicher Absetzbetrag. Er reduziert die Steuerlast um maximal 1.500 Euro pro Kind und Jahr. Ab dem 18. Geburtstag des Kindes höchstens um 500 Euro, vorausgesetzt, für das Kind besteht Anspruch auf Familienbeihilfe oder den Unterhaltsabsetzbetrag. Doch das gilt nicht für alle. Zehn Prozent der Haushalte mit Kindern profitieren vom Familienbonus überhaupt nicht und weitere 24 Prozent nur teilweise. Denn die Höhe des Familienbonus hängt vom Einkommen ab: Wer mehr hat, bekommt mehr. Voll ausgeschöpft werden kann der Bonus nämlich erst ab einem Bruttoeinkommen von 1.700 Euro pro Monat. Wer weniger verdient, profitiert nur teilweise. AlleinverdienerInnen und AlleinerzieherInnen mit niedrigen Einkommen erhalten nur einen Minimalbetrag.